

Wie der mediale Diskurs über Armut von den Betroffenen wahrgenommen wird

Affektpolitik auf dem Rücken der Armen?

Andreas Hirsland und Stefan Röhrer

Der Blick auf Armut – ein Paradigmenwechsel

Bereits zu Beginn des vorigen Jahrhunderts hat der Soziologe Georg Simmel (1908) festgestellt, dass die Armen nicht nur einfach deswegen »arm« sind, weil sie weniger haben als andere, sondern weil sie als Bedürftige zum Gegenstand öffentlicher Fürsorge werden. Erst Bedürftigkeit und die Inanspruchnahme staatlicher Unterstützungsleistungen machen aus individuellem Armsein vergesellschaftete Arme, die sich dadurch, so Simmel, in einem randständigen »simultanen Drinnen und Draußen« (Simmel 2013: 547) der Gesellschaft befinden und so zum Bezugspunkt unterschiedlicher gesellschaftlicher Institutionen, Unterstützungsleistungen und (Verhaltens)Erwartungen werden. Nach Ende des zweiten Weltkriegs erfolgte ein deutlicher Abbau repressiver Elemente im Umgang mit den anerkannt Bedürftigen und eine Stärkung ihrer gesellschaftlichen Position durch die Gewährung sozialer Rechte, die nun individuelle Ansprüche gegenüber der Gesellschaft, z.B. auf Existenzsicherung, gewährleisteten. Mit ausschlaggebend hierfür war die Erkenntnis, dass Armut strukturell-gesellschaftliche, vor allem ökonomische Ursachen hat, die weder einer prästabilierten sozialen Ordnung noch ausschließlich individuell zuschreibbar waren.

So wurde ›Arbeitslosigkeit‹ zum zentralen Element der Debatten um Armutsentstehung und -bekämpfung, auch wenn die Armut von Rentner*innen, Menschen mit Behinderung und anderen, nicht oder nicht allein auf Arbeitslosigkeit zurückzuführen ist. Entsprechend drehten sich, auch vor dem Hintergrund ökonomischer Krisenerscheinungen, die Debatten zur Armutsbekämpfung und -verhinderung bis weit in die 90er Jahre des letzten Jahrhunderts

stark um den Topos der ›Massenarbeitslosigkeit‹, deren Verhinderung und Bekämpfung (vgl. Kreft/Uske 2004). In diesem (post)industriegesellschaftlichen Kontext wurde Armut als Ausfluss gesellschaftlich-struktureller Verhältnisse und somit eher als gesellschaftlich zu verantwortende Risikozumutung an die von ihr Betroffenen betrachtet. Ende der 1990er Jahre erfolgte dann ein unter dem Schlagwort ›Neoliberalismus‹ bekannter Paradigmenwechsel, welcher den Blick auf Arbeitslosigkeit, Arbeitslose und damit auch Armut neu ordnete (vgl. Wacquant 2006) und bis heute wirkmächtig ist.

Unter neoliberalem Blickwinkel wurden vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Wachstums- und Beschäftigungskrisen Sozialleistungen als Hemmnis für den wirtschaftlichen Aufschwung betrachtet und die damit einhergehenden öffentlichen Aufwendungen – nicht nur, aber vor allem diejenigen zur Unterstützung von Arbeitslosen – als problematisch. Nicht nur das System der Sozialfürsorge, sondern auch die Rolle von Leistungsbeziehenden wurden einer Reinterpretation und Neubewertung unterzogen (vgl. Lessenich 2013), wie das Beispiel der deutschen ›Hartz-Reformen‹ zeigt. Mit Arbeitsmarktreformen, die irreguläre Beschäftigungsformen und einen Niedriglohnsektor förderten, sollten niedrigschwellige Zugänge in Beschäftigung ermöglicht werden; mit der Betonung von ›Eigenverantwortlichkeit‹ wurden Betroffene stärker in die Pflicht genommen, ihre Lage möglichst durch eigenständige Bemühungen zu überwinden. Zugleich erfolgte ein Rückbau des Sozialsystems durch Einsparversuche bei den materiellen Unterstützungsleistungen und eine stärkere Konditionalisierung der Leistungsgewährung. Mit neuen institutionellen Strategien des ›Förderns und Forderns‹ wurde der Bezug von Hilfeleistungen stärker mit der Erfüllung von Verhaltenserwartungen verknüpft (vgl. Traue et al. 2019).

Damit wurde der Blick auf (armutsverursachende) Arbeitslosigkeit von einer strukturellen Ebene auf die Ebene individuellen (Fehl)Verhaltens verlagert und die Position Bedürftiger zwischen dem gesellschaftlichen ›Drinnen und Draußen‹ rejustiert. Eine zentrale Rolle dabei spielte eine dominante Denkfikur, welche nun eine harte Grenze zwischen ›Steuerzahlenden‹ auf der einen und ›Leistungsbeziehenden‹ auf der anderen Seite zieht. Wer zuvor noch eher als ›Opfer‹ von Arbeitsmarktumbrüchen und anderen gesellschaftlichen Verwerfungen gelten konnte, sah sich jetzt als Verursachender belastender Kosten für die Gemeinschaft der Steuerzahlenden in den Fokus der Debatten gerückt. Damit wurden Bedürftigkeit und Armut (wieder) mit der Frage nach falschen Lebensentscheidungen, mangelnden Eigenbemühungen und letztlich nach ›Schuld‹ verknüpft (vgl. Hirsland/Ramos Lobato 2014).

Mediale Repräsentationen von Armut – Affektpolitik als Teil eines Wahrheitsspiels

In einer Demokratie bedurfte ein derartiger politischer Paradigmenwechsel, der sich in den zu Beginn der Nullerjahre vollzogenen und bis heute wirksamen institutionellen Regelungen der sog. »Hartz-Reformen« niedergeschlagen hat, der Plausibilisierung und Legitimierung durch meinungsbildende öffentliche Diskurse. Hierbei spielten die Massenmedien, zu dieser Zeit vor allem die Boulevardpresse und private Fernsehsender, eine besondere Rolle (vgl. Butterwege 2014). Sie griffen die im politischen Diskurs prominenten Topoi von arbeitsunwilligen Drückebergern bzw. faulen Arbeitslosen, des missbräuchlichen oder betrügerischen Bezugs von Sozialleistungen oder einer soziokulturell entkoppelten Unterschicht auf und gaben ihnen ein Gesicht.

So etwa widmete die deutsche Bild-Zeitung im Sommer 2003 nicht weniger als 19 Beiträge dem Fall »Florida Rolf«, einem in den USA lebenden psychisch belasteten damals 64-jährigen ehemaligen Bankangestellten, der dort von deutschen Sozialleistungen lebte – übrigens nach einem Urteil des zuständigen Oberverwaltungsgerichts zu Recht (vgl. Katins 2004). Im Duktus der Boulevardpresse las sich das, exemplarisch auch für anderes, so: »Sind die völlig bescheuert? Sozialamt zahlt Wohnung am Strand in Florida« (BILD 2003). Komplementär zu derartiger Presseberichterstattung schlugen Reality-TV-Formate wie »Gnadenlos gerecht – Sozialfahnder ermitteln« (Sat. 1 2008ff.) oder Talkshows wie »Britt – Der Talk« (Sat. 1 2001ff.) und andere in die gleiche Kerbe. In solchen Talkshowformaten der privaten Fernsehsender wurden gerne renitente, dem Anschein nach arbeitsunwillige Hilfebeziehende mit den missbilligenden Reaktionen eines stellvertretend für die »hart arbeitenden kleinen Leute« rekrutierten Studiopublikums konfrontiert und so öffentlich an den Pranger gestellt (vgl. Fohrbeck et al. 2014). Mittelbar in eine ähnliche Richtung zielen bis in die Gegenwart reichende »scripted reality«-Formate, wie etwa die vom deutschen Stern TV seit den 90er Jahren begleitete »Familie Ritter« oder der Sender RTL II mit seinen Formaten »Hartz und herzlich« (2016ff.) oder »Armes Deutschland« (2021ff.).

Durch die Brille dieser meist die Grenze zum Sozialporno überschreitenden pseudodokumentarischen Formate werden die dargestellten Armen vor allem in ihrer inszenierten Andersartigkeit – ungebildet, faul, schmarotzerhaft und lebensuntüchtig jenseits des Sozialleistungsbezugs – zur Schau gestellt. So entsteht ein Bild selbst- oder zumindest mitverschuldeter Armut einer alterisierten »verwehrlosten« und am Leben gescheiterten bzw. scheitern-

den Unterschicht. Derartige Präsentationen von Armen und ihrer Armut haben einen affektpolitisch relevanten, auf die ›hart arbeitende‹ Mittelschicht zielenden Effekt. Angesichts der präsentierten Bilder und ihrer Wirklichkeitsanmutung verbleibt lediglich die Wahl zwischen hilflosem Mitleid und/oder wut- und neidgetriebener Verachtung für die zur Schau gestellten (vermeintlichen) ›Schmarotzer‹ oder der Verwahrlosung anheimgefallener Randfiguren, deren Finanzierung die ›Steuerzahlenden‹ belastet.

Eine angesichts der nach wie vor hohen Zahl von Leistungsberechtigten (im deutschen Sozialsystem 2005: ca. 5 Millionen, 2024: rund 4 Millionen) bestehende strukturell-gesellschaftliche Frage wurde so – entlang der historischen Unterscheidung zwischen ›deserving‹ und ›undeserving poor‹, zwischen vermeintlich verschuldeter und unverschuldeter Armut – zu einer moralischen Frage umgedeutet (vgl. Katz 2013). Dabei illustriert und konstruiert der hier diskutierte mediale Diskurs ein Identifikationsangebot, welches zunächst die ›hart Arbeitenden‹ adressiert und ihnen durch Betonung ihrer Rechtschaffenheit, wenn schon nicht ökonomische, so zumindest doch moralische Anerkennung zuteilwerden lässt. Ihr Gegenüber sind die nun – pars pro toto – dem öffentlichen Verdacht der Verwahrlosung und Leistungerschleichung ausgesetzten Leistungsbeziehenden. Der Staat wird in diesem Arrangement zum Dritten im Bunde, der als ordnende Kraft eines aus Steuerzahlenden und politischen Repräsentanten bestehenden ›Wir‹ erscheint und weniger als Sachwalter eines *alle* Bürger*innen umfassenden Gemeinwohls. Inhalt und Form dieser öffentlich-medialen Präsentation werden Teil eines diskursiven »Wahrheitsspiels« (Foucault 1986: 12f.), das versucht, die Beziehungen zwischen den von ihm adressierten Akteuren – dem Staat, (Lohn)Arbeitenden und den zu Randständigen gemachten Leistungsbeziehenden – zu ordnen und eine restriktivere Sozialgesetzgebung zu legitimieren. In dieser diskursiven Ordnung wird die Furcht vor den in Wirklichkeit zahlenmäßig wenigen, aber medial omnipräsenten vermeintlichen ›Totalverweigernden‹ (meint: faule Arbeitslose) zum Maß dessen, was Armutsbetroffenen – und dazu zählen nicht nur Arbeitslose – zu ihrer Existenzsicherung zugestanden werden soll.

Ein Leben unter Verdacht – wie Betroffene mit abwertender medialer Darstellung umgehen

Wie nun reagieren die derart ins soziale ›Draußen‹ gestellten, der Renitenz verdächtigten und dem Wohlergehen der Gesellschaft scheinbar abträglichen Hilfebeziehenden? Aufschluss geben können nur die Betroffenen selbst. In einer umfangreichen, vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung durchgeführten qualitativen Studie konnten Hilfebeziehende in Deutschland in mehreren Hundert Interviews von ihrem Leben und ihren Erfahrungen berichten (vgl. Hirseland 2018). Wie die Mehrzahl der Hilfebeziehenden auch, weisen sie Brüche in ihren Biografien und Erwerbsverläufen auf, die sie zur Inanspruchnahme von Sozialleistungen gezwungen haben, weil sie aufgrund vorhandener Vermittlungshemmnisse dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen oder – was in den Debatten regelmäßig übersehen wird – von Arbeitgebenden als ungeeignet betrachtet und folglich nicht eingestellt werden.

In den Interviews zeigt sich, dass die hier in den Blick genommene mediale Darstellung von Hilfebeziehenden an den Betroffenen keineswegs spurlos vorüber geht. Die Interviewten jedenfalls erscheinen weniger von der Gesellschaft entkoppelt, als es die oben skizzierten medialen Formate suggerieren. So bestand ein häufig wiederkehrendes Thema in der unaufgeforderten Auseinandersetzung mit dem Topos des ›faulen Arbeitslosen‹ auf die hier anhand einiger Originaläußerungen aus den Interviews exemplarisch eingegangen werden soll.

Manche Leistungsbeziehende glauben eine interessengeleitete Logik zu erkennen, der das oben skizzierte mediale und politische Wahrheitsspiel mit seiner Fokussierung auf Fälle von (vermeintlicher) Arbeitsunwilligkeit, Sozialbetrug und Verwahrlosung folgt. Im Kern gehe es, wie Herr Seidel im folgenden Zitat argumentiert, darum, eine Spaltung zwischen der arbeitenden Bevölkerung und Hilfebeziehenden herbeizuführen:

»Die wollen ja ein bestimmtes Bild vermitteln von Hartz-IV-Empfängern, damit die, die arbeiten gehen, sich dann auch noch bestätigt fühlen, dass die ja alle faul sind und gar nichts machen wollen. Weil, weiter denkt ja keiner. Es macht sich ja keiner Gedanken, dass es vielleicht Menschen [im Hilfebezug] gibt, die wirklich arbeiten wollen und leben, wie ganz normale Menschen [...].« (Herr Seidel)

Für Herrn Seidel besteht die Wirkung der auf (quotenträchtige) Skandalisierung setzenden medialen Unterschichts- und Faulheitsdebatten in einem ›Othering‹ der Hilfebeziehenden, wodurch die Sicht auf deren eigentliche Probleme – keine Arbeit zu finden oder nicht arbeiten zu können – verstellt wird. Aus seiner Sicht ist das Klischee des faulen Arbeitslosen überaus wirkmächtig. Es verhindere, dass andere »weiter«, d.h. über das vermittelte Bild hinaus, denken und die Lebenswirklichkeit Hilfebeziehender wahrnehmen. Im Gegensatz zu den medialen Präsentationen von Armutsbetroffenen jedoch sei diese, für ihn wie für andere, durch den Wunsch nach einer Re-Normalisierung ihrer Lebensumstände – »leben zu wollen, wie ganz normale Menschen« (ebd.) – gekennzeichnet. Dies aber ist trotz der vorgetragenen Bereitschaft »arbeiten zu wollen« (ebd.) aufgrund der bestehenden Arbeitslosigkeit nicht möglich. Ein anderer Hilfebezieher benennt das daraus entstehende Dilemma explizit, indem er darauf verweist, dass durch die Fokussierung auf das vermeintliche »Faulheitsproblem« und dessen Skandalisierung eine diskursive Engführung erfolgt. Die öffentliche Aufmerksamkeit widmet sich eben gerade nicht denjenigen, die arbeiten wollen, was eine Etikettierung Hilfebeziehender zur Folge hat, da diese nun alle gleichermaßen dem Faulheitsverdikt unterworfen würden:

»Leute, die wirklich arbeiten wollen und [...] angewiesen sind auf diese Hilfe, die werden da mit reingezogen [...]. Die zeigt ja auch keiner.« (Herr Seidel)

Die Behauptung, »keiner« (ebd.) zeige ein anderes Bild von Hilfebeziehenden, ist angesichts eines durchaus beträchtlichen Korpus differenzierterer Berichterstattung anderer Medien sicherlich überzogen. Doch scheinen letztere kaum nachhaltig in die alltägliche Lebenswelt der Betroffenen und ihres sozialen Umfelds vorzudringen. Herr Seidel fühlt sich angesichts der empfundenen Übermacht diskreditierender öffentlicher Darstellungen allein gelassen, ohne Fürsprache und auch ohne eigene, wirkmächtige Stimme, welche im Stande wäre, den falschen, auf einer soziooptischen Täuschung beruhenden Generalverdacht zu entkräften. Wie Herr Seidel fühlen sich viele Hilfebeziehende mit gemeint, wenn sie die oben skizzierten Formen der Berichterstattung rezipieren. Sie werden dann im Wortsinn zu ›Leid-Tragenden‹, da sie ihre persönliche Integrität in Zweifel gezogen sehen. Unter der nicht unberechtigten Annahme, auch ihr soziales Umfeld würde sich das medial vermittelte Negativbild zu eigen machen, befürchten sie persönliche Abwertung und Deklassierung im alltäglichen Umgang mit anderen:

»... wenn jetzt solche ... naja, solche Meinungen zutage kommen [...] in denen gesagt wird, dass wir, die Hartz-IV-Empfänger selbst daran schuld seien oder faul sind oder Schmarotzer sind und so, dann trifft mich das einfach, weil das beziehe ich dann schon direkt auf mich, und ich denke, dass Leute, die mich kennen und wissen, dass ich Hartz IV kriege, so eine Meinung von mir haben.« (Herr Zimmermann)

Die von vielen Hilfebeziehenden erfahrene Stigmatisierung infolge des öffentlich erzeugten Negativbildes durchdringt, wie Herr Zimmermann befürchtet, auch die sozialen Nahbeziehungen zu »Leuten, die mich kennen« (ebd.). Die Sorge, als »Schmarotzer« abgestempelt zu werden, führt zu tiefgreifender Verunsicherung, beeinträchtigt das Selbstwertgefühl und erschüttert das Selbstbewusstsein. Diese Erfahrung teilt Herr Zimmermann mit vielen anderen Hilfebeziehenden, die sich nicht nur in ihren privaten Beziehungen zu (arbeitenden) Anderen oftmals diskriminiert fühlen. Beschämende Entwertungserfahrungen und angegriffene Selbstachtung können Rückzugstendenzen bzw. (Selbst)Exklusion verstärken, was im Extrem auf einen »sozialen Tod« hinausläuft. Entsprechend stellen das Negativimage sowie das damit verbundene Misstrauen gegenüber Hilfebeziehenden häufig eine nur schwer überwindbare Schwelle dar, auch wenn es um den Zugang zu existenziell wichtigen Gütern geht – seien es Arbeit oder, wie im Falle von Frau Krüger, Wohnraum:

»Das Schlimme da unten ist, ne ... Also, man ist dann ja nichts wert [...]. Hartz IV, Hartz IV ist eben so. Du wirst überall [...] Das geht bei der Wohnungssuche los, keiner will einen Hartz-IV-Empfänger haben.« (Frau Krüger)

Um der sozialen Abwertung und dem daran anknüpfenden Exklusionsrisiko etwas entgegenzusetzen, versuchen viele Hilfebeziehende eine Brücke zu der durch die mediale Präsentation insinuierten Mehrheitsmeinung zu schlagen. Um der steten Gefahr diskreditierender Abwertung zu entgehen und die eigene Respektabilität aufrechtzuerhalten, wird in den Interviews vielfach an den Topos des »faulen Arbeitslosen« angeknüpft. Dann wird auf das Vorhandensein »schwarze[r] Schafe, mehr als genug auf jeden Fall« verwiesen und versucht, an die von dem hier skizzierten medialen Diskurs vorgeblich vertretene und zugleich »informierte« (d.h. in Form gebrachte) Mehrheitsmeinung anzuschließen:

»Es gibt ja wirklich solche Schmarotzer und ekligen Menschen, die einfach sagen: ›Ich habe keinen Bock zu arbeiten. Zahl da [in die Sozialkasse] für mich ein, solange Du willst.« (Frau Hansen)

Dabei handelt es sich beim Verweis auf die ›schwarzen Schafe‹ und ›ekligen Menschen‹ sowohl bei Hilfebeziehenden wie auch bei Nicht-Hilfebeziehenden vielfach lediglich um ein Für-wahr-Halten, d.h. um einen moralisierenden Reflex angesichts der die Integrität Armutsbetroffener in Zweifel ziehenden öffentlichen Debatten. Zumindest legen dies Äußerungen wie die von Herrn Eichinger nahe:

»[...] vom Hörensagen weiß ich, dass es Leute gibt, die das sehr genießen arbeitslos zu sein, jeden Tag bis um elf zu schlafen und einfach gar nichts zu tun. Aber ich gehöre nicht dazu.« (Herr Eichinger)

Die auf »Hörensagen« (ebd.) beruhende Konzession an ein (vermeintlich) vorherrschendes Meinungsbild und der damit zugleich erfolgende Distanzierungsversuch – »ich gehöre nicht dazu« (ebd.) – verweisen auf eine der Zwickmühlen, in denen sich viele Hilfebeziehende bei ihrem Kampf um Respektabilität und soziale Anerkennung befinden. Der oben skizzierte mediale Diskurs erzeugt ein Dilemma, das in Form einer Rechtfertigungsfalle besteht. Nachzuweisen, dass man dem mit den verbreiteten Klischee- und Zerrbildern Armutsbetroffener einhergehenden Generalverdacht zu Unrecht ausgesetzt wird, könnte von denjenigen, die ihn teilen, zur bloßen Schutzbehauptung erklärt werden. Denn letztlich bestünde ein belastbarer Nachweis dafür, nicht zu jenen »Faulen« zu gehören ja gerade darin, nicht (mehr) hilfebeziehend zu sein:

»Na, das ist eben das Schlimme. Und bei Hartz IV ist es eben so: Man muss sich immer rechtfertigen [...]. Ich bin nicht der Mensch, der sagt, Hartz IV ist unterste Stufe, aber wir werden so eingeschätzt [...] Und ich zähle mich ja auch dazu.« (Frau Krüger)

Vor diesem Hintergrund erleben viele Hilfebeziehende, obwohl sie ihnen zustehende soziale Rechte wahrnehmen und mit dem Bezug von Unterstützungsleistungen lediglich eine bestehende gesellschaftliche Verpflichtung eingelöst wird, die Inanspruchnahme eben dieser Leistungen letztlich als beschämendes Almosen:

»Es ist ja Geld, was ich geschenkt bekomme, wenn man es so nimmt, ne? Es ist ja nicht, was ich selber erarbeitet [habe].« (Herr Fischer)

Zusammenfassung

Dieser Beitrag setzt bestimmte Formen massenmedialer Darstellung von Armut und Armutsbetroffenen in einen etwas weiteren Kontext. Dabei sind wir von der Annahme ausgegangen, dass Form und Inhalt dieser Präsentation sich in einen jeweiligen historischen, zeitgeistigen Rahmen und dessen Blickwinkel auf den entsprechenden Gegenstand einfügen. Hier ist dieser Rahmen durch eine Abkehr der Blickrichtung weg von strukturellen Ursachen der Armut hin zu einer Fokussierung auf betroffene Individuen gekennzeichnet. Armut wird somit weniger als erlitten, sondern vielmehr als durch eigenes Verhalten und eigene (falsche) Lebensentscheidungen Leistungsbeziehender herbeigeführt dargestellt. Dieser Perspektivwechsel mag auf der einen Seite zu sozialarbeiterischen Bemühungen eines Empowerments Armutsbetroffener führen, wirft andererseits die Frage nach deren Mitverantwortung bzw. Schuld auf. Ob intendiert oder nicht, der hier in den Blick genommene massenmediale Diskursstrang kann diese Schuldvermutung fördern und verhält sich damit komplementär zu einer politischen Programmatik, die ebenfalls eher an Fragen individuellen (Fehl)Verhaltens und weniger an armutsverursachenden Strukturen ansetzt.

Die auf der Fokussierung auf oft nur scheinbar missbräuchliche Inanspruchnahme von Sozialleistungen beruhende Skandalisierungsstrategie, das durch entsprechende Medienformate vorangetriebene ›Othering‹ des armen bzw. verarmten Bevölkerungsteils und dessen Positionierung als Kostgänger der arbeitenden Menschen hat sich als wirkmächtig erwiesen. Ausdruck davon ist der skeptische Blick weiter Bevölkerungsteile auf Armutsbetroffene, der von Zweifeln an deren Integrität durchsetzt ist – und die Frage aufwirft, welches Maß an Unterstützung diese verdienen. Umgekehrt jedoch müssen sich Armutsbetroffene in ihrem alltäglichen Leben und ihrem Lebensgefühl mit dem von ihnen gezeichneten (Zerr)Bild auseinandersetzen. Dabei wird die immanente Widersprüchlichkeit der hier betrachteten Faulheitsdebatte deutlich: Sie bezweifelt und fordert auf der einen Seite den ›Integrationswillen‹ der Betroffenen, verfestigt auf der anderen Seite ein essentialistisches Bild armutsbetroffener Menschen als der Gesellschaft entfremdet – erzeugt somit ein paradoxales ›Drinnen‹ und ›Draußen‹ zugleich. Wie sehr diese Form

der Darstellung exkludierend wirkt, zeigt sich, wenn, wie in diesem Beitrag, Betroffene selbst zu Wort kommen.

Auch wenn aktuell neue zeitgeistige Themen in den Vordergrund rücken, viele Debatten inzwischen im schwer zu durchdringenden Raum neuer sozialer Medien geführt werden und das Armutsthema massenmedial etwas in den Hintergrund gerückt ist: Der Topos des faulen Armen scheint sich – über den hier in den Mittelpunkt gerückten Rückblick auf die Hartz-IV-Debatte – nachhaltig im armutspolitischen Diskursrepertoire festgesetzt zu haben. Dies belegt nicht zuletzt die Debatte um die aktuelle Reform des deutschen ›Bürgergeldes‹. Wer diese mitverfolgt, wird unschwer auf Wiedergänger des Topos jener, vielleicht bloß vermeintlichen, ›Arbeitsverweigerer‹ stoßen.

Literatur

- Butterwegge, Christoph (2014): »Hartz IV und seine ›Nutznießer‹ im Zerrspiegel der Massenmedien«, in: *neue praxis* 44, 6, S. 589–602.
- Fohrbeck, Anna/Hirseland, Andreas/Ramos Lobato, Philipp (2014): »How Benefits Recipients Perceive Themselves Through the Lens of the Mass Media – Some Observations from Germany«, in: *Sociological Research Online* 19, 4, S. 74–81, <https://doi.org/10.5153/sro.3524>
- Foucault, Michel (1986): *Sexualität und Wahrheit. Zweiter Band: Der Gebrauch der Lüste*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hirseland, Andreas/Ramos Lobato, Philipp (2014): »Die wollen ja ein bestimmtes Bild vermitteln. Zur Neupositionierung von Hilfeempfängern im aktivierenden Sozialstaat«, in: *SWS-Rundschau* 54, 2, S. 181–200.
- Hirseland, Andreas (2018): »Anhang B5: Qualitatives Panel ›Armutsdynamik und Arbeitsmarkt. Entstehung, Verfestigung und Überwindung von Hilfebedürftigkeit bei Erwerbsfähigen‹ mit den Ergänzungsmodulen Modul 1 ›Lebenszusammenhänge in Mehrpersonenbedarfsgemeinschaften‹ und Modul 2 ›Integrationsprobleme von Leistungsbeziehenden mit Migrationshintergrund‹«, in: Holger Bähr et al. (Hg.), *Grundsicherung und Arbeitsmarkt in Deutschland: Lebenslagen – Instrumente – Wirkungen*, (= IAB-Bibliothek, 370), S. 387–393.
- Katins, Carlos (2004): »Die Bild-Zeitung als Katalysator des gesunden Volksempfindens«, in: *Humboldt Forum Recht*, H. 10/2004, Siehe <https://www.rewi.hu-berlin.de/de/lf/oe/hfr/deutsch/2004-10.pdf/view>

- Lessenich, Stephan (2013): *Die Neuerfindung des Sozialen. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus*, Bielefeld: transcript.
- Katz, Michael B. (2013): *The Undeserving Poor. America's Enduring Confrontation with Poverty*, Oxford: Oxford University Press.
- Kreft, Ursula/Hans, Uske (2004): »Die Normalisierung der Armut«, in: *DISS-Journal* 12, S. 10–14.
- Wacquant, Loic (2006): »Die Bestrafung der Armut und der Aufstieg des Neoliberalismus«, in: ders., *Das Janusgesicht des Ghettos und andere Essays* (= *Bauwelt Fundamente*, 134), Basel: Birkhäuser, S. 144–156.
- Simmel, Georg (2013): *Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung; Die Erweiterung der Gruppe und die Ausbildung der Individualität*, 7. Aufl., Berlin: Duncker & Humblot.
- Traue, Boris/Hirseland, Andreas/Herma, Holger/Pfahl, Dora Lisa/Schürmann, Lena (2019): »Die Formierung des neuen Sozialbürgers. Eine exemplarische Untersuchung von Subjektivierungswirkungen der Hartz IV-Reform«, in: *Zeitschrift für Diskursforschung* 2, S. 163–189.

